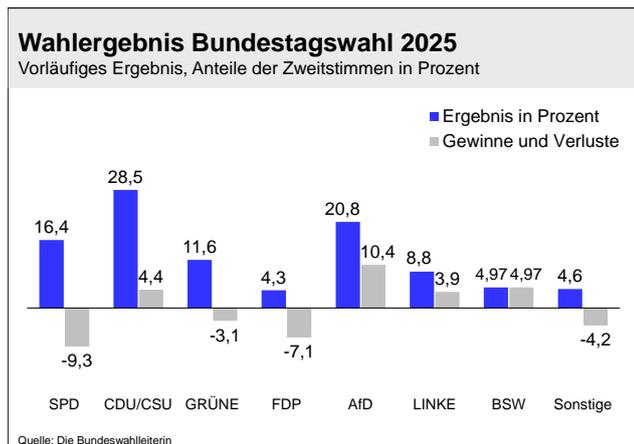


23. Februar 2025

Ampel-Desaster, Unionssieg und starke AfD Schwache Kandidaten und viel Polarisierung

Bei sehr hoher Beteiligung an der 21. Wahl zum Deutschen Bundestag wird die CDU/CSU zum 17. Mal stärkste Partei. Kommend von einem Allzeittief bei der letzten Bundestagswahl legt die Union klar zu und erreicht jetzt 28,5% (+4,4). Die SPD hat starke Verluste und fällt mit 16,4% (-9,3) auf ihr schlechtestes Ergebnis im Bund überhaupt. Die Grünen verlieren deutlich und erreichen noch 11,6% (-3,1), die FDP bricht heftig ein und schafft es mit 4,3% (-7,1) nicht mehr in den Bundestag. Die AfD erzielt nach starken Zuwächsen mit 20,8% (+10,4) ein Rekordergebnis, die Linke legt klar zu und erzielt 8,8% (+3,9). Das BSW scheidet bei seinem Debut im Bund mit 4,97% ganz knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Auf alle sonstigen Parteien entfallen in der Summe 4,6% (-4,2). Die Wahlbeteiligung steigt deutlich an und erreicht mit 82,5% (+6,2) den höchsten Stand im vereinten Deutschland.

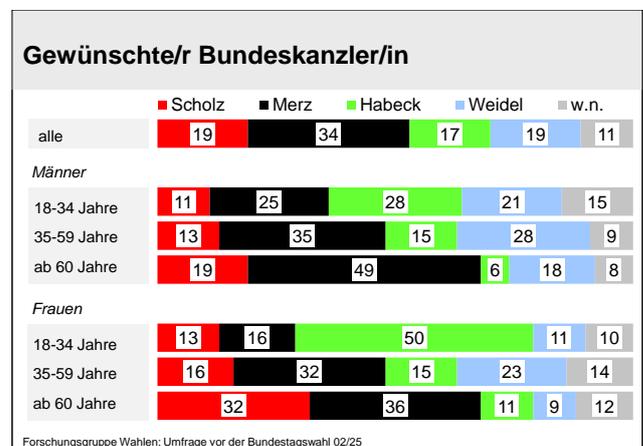
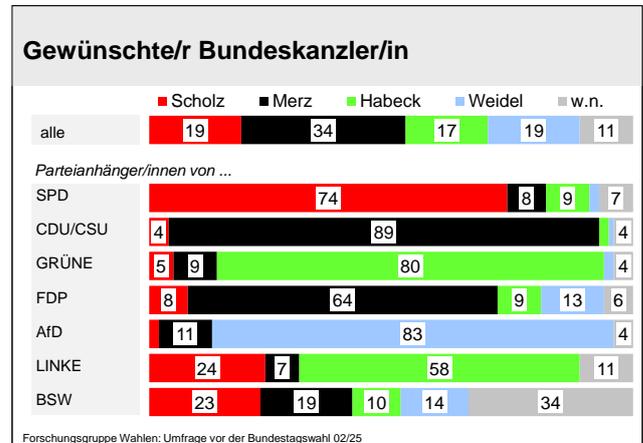


Ampel-Frust und historisch schwacher Kanzler

Hauptgründe für das SPD-Fiasko sind ein historisch schwacher Kanzler, Defizite bei den Top-Themen Migration und Wirtschaft und die miserable Bilanz der rot-grün-gelben Bundesregierung. Vom Ampel-Frust profitieren die anderen Parteien. Die Basis für den CDU/CSU-Wahlsieg legen mehr denn je ältere Menschen, inhaltlich punktet die Union mit ökonomischem Sachverstand und Zukunftskompetenz. CDU/CSU-Spitzenkandidat Friedrich Merz überzeugt nur bedingt, hat aber im Kanzlerkandidaten-Quartett dank noch schwächerer Konkurrenz einen relativen Vorteil.

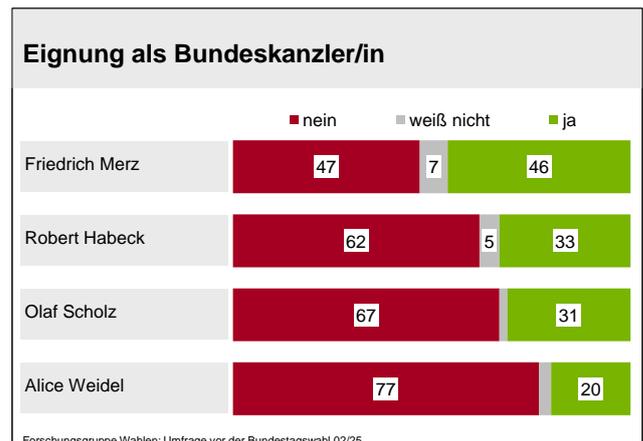
Kanzlerkandidaten: Merz mit relativem Vorteil

Vor die Wahl gestellt zwischen den Kandidaten von SPD, CDU/CSU, Grünen und AfD sind nur 19% der Befragten für Olaf Scholz als Kanzler, 34% bevorzugen als Regierungschef/in Friedrich Merz, 17% Robert Habeck und 19% Alice Weidel.



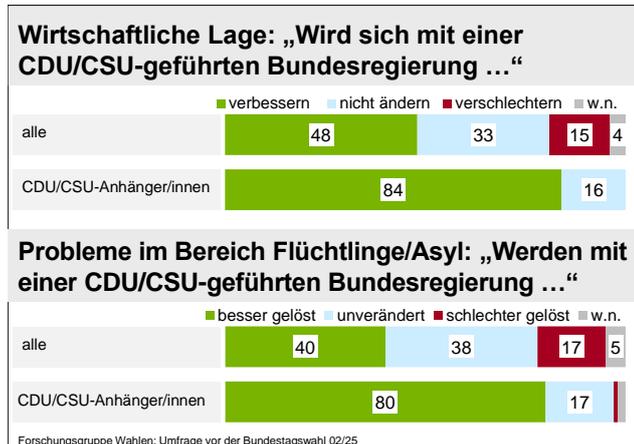
Obwohl das Ansehen von Scholz so gering ist wie bei keinem Kanzler zuvor (+5/-5-Skala: -0,6; 2021: 1,4), kann sich Merz (-0,1) hier nicht wirklich absetzen, auch weil er massiv zwischen Jung und Alt polarisiert. Robert Habeck liegt beim Ansehen im Negativbereich (-0,6), Alice Weidel wird sehr schlecht bewertet (-2,1).

Wenn es um die Eignung als Regierungschef geht, sind die Zweifel bei Merz zwar geringer als bei Scholz, Habeck oder Weidel. Dass Merz als Kanzler seine Sache besser machen würde als Scholz, glauben aber nur 37% (schlechter: 27%; gleich: 31%).

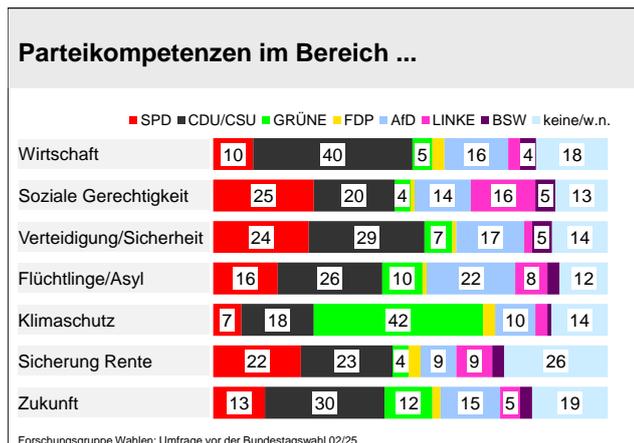


Problembereiche: Migration und Wirtschaft

Bei den Inhalten kann die CDU/CSU am ehesten ökonomisch überzeugen: In einem Umfeld, in dem die Wirtschaft auf Talfahrt und Deutschlands Zukunftsvorbereitung so schlecht wie nie gesehen wird, setzen bei „Wirtschaft“ und „Zukunft“ die meisten Befragten auf die Politik der Union. 48% meinen, dass sich die Wirtschaftslage mit einer CDU/CSU-geführten Regierung verbessern würde (verschlechtern: 15%; keine großen Auswirkungen: 33%).



Dass mit einer CDU/CSU-geführten Regierung auch die Probleme im Bereich „Flüchtlinge und Asyl“ besser gelöst würden, glauben nur 40% aller Befragten, aber 80% in der CDU/CSU-Anhängerschaft. Bei der Frage, von welcher Partei sich die Deutschen im Bereich „Flüchtlinge und Asyl“ politisch am ehesten vertreten sehen, liegt die CDU/CSU mit 26% unter allen Befragten nur knapp vor der AfD, der hier 22% die größte Kompetenz zuschreiben.

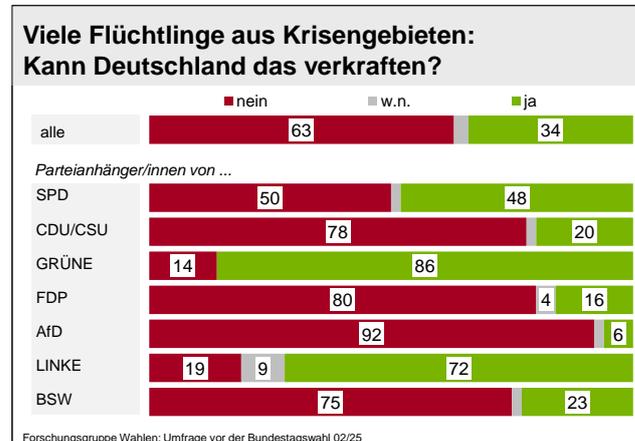


AfD-Erfolg: Mehr Überzeugung, weniger Protest

Gewählt wird die AfD für 68% ihrer Anhängerschaft wegen der „politischen Forderungen der AfD“ und nur für 29% „als Denkmittel“. Häufiger flankiert vom Gefühl der Benachteiligung heißt das wichtigste Wahlmotiv im AfD-Lager „Flüchtlinge und Asyl“ – in einem Land, das nach Ansicht von 63% aller Deutschen (AfD-Anhänger: 92%) die „vielen Flüchtlinge nicht mehr verkraften“ kann.

Wahlmotive: Sicherheitslage, Wirtschaft, Soziales

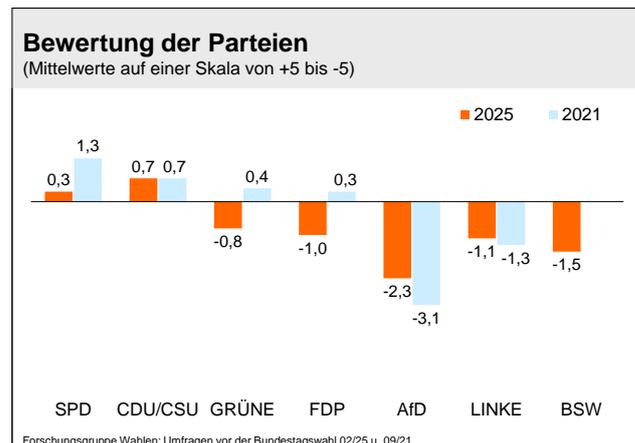
Für die eigene Wahlentscheidung war „Flüchtlinge und Asyl“ in der Gesamtheit zwar wichtiger als „Rente“ oder „Klimaschutz“, noch mehr Relevanz hatten aber „Frieden und Sicherheit“, „Wirtschaft“ und „Soziale Gerechtigkeit“. Während die SPD in ihrer Domäne Soziale Gerechtigkeit viel Vertrauen verliert, legt die Linke hier klar zu; für 42% ist die Linke „die einzige Partei, die wirklich Politik für Menschen mit geringem Einkommen macht“.



Im Detail sind die wahlentscheidenden Themen sehr unterschiedlich gelagert: In der SPD-Anhängerschaft stehen „Frieden und Sicherheit“ sowie „Soziale Gerechtigkeit“ ganz oben, im CDU/CSU-Lager „Wirtschaft“ sowie „Frieden und Sicherheit“, bei den Grünen „Klimaschutz“ und „Soziale Gerechtigkeit“ und bei der AfD „Flüchtlinge und Asyl“ und „Frieden und Sicherheit“. Bei der Linke dominiert „Soziale Gerechtigkeit“.

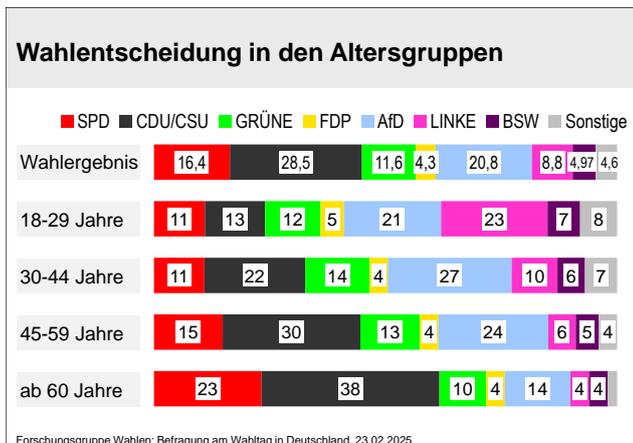
Parteiimages: Einbruch der Ampel-Parteien

Beim Parteiansehen wird die Linke kritisch, aber weniger negativ als das BSW gesehen. Bei den Parteikompetenzen wird das BSW kaum sichtbar, gewählt wird es nach Meinung der Befragten mehr aus Protest und weniger wegen der Inhalte. Noch schlechter ist das AfD-Image, wobei die Distanz gesunken ist. Das CDU/CSU-Ansehen ist stabil, SPD und Grüne verlieren stark. Den heftigsten Imageeinbruch hat aber die FDP, die für 44% aller Befragten „hauptsächlich Schuld am Scheitern der Ampel“ ist.

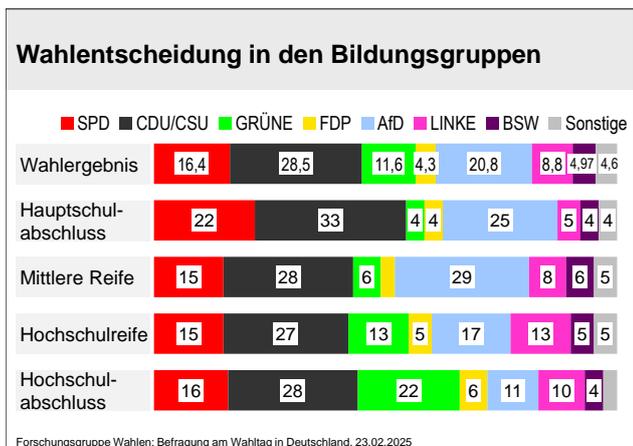
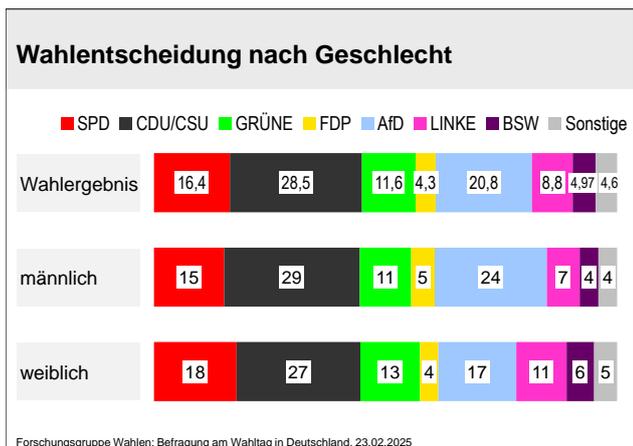


Wer wähle Wen: Altersgefälle und Gender-Gap

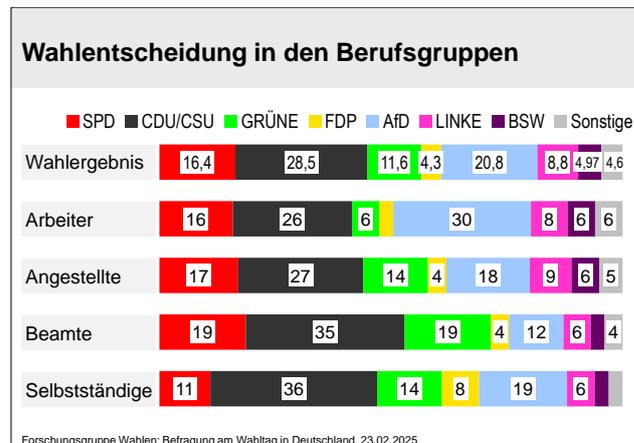
Zur starken Polarisierung bei den Kandidaten und bei vielen Themen kommen massive Unterschiede im Wahlverhalten nach Alter, Geschlecht, Berufsgruppen, formalem Bildungsniveau oder Wohnort.



In der Generation 60plus wählen 38 Prozent CDU/CSU und 23 Prozent SPD, bei den unter 30-Jährigen sind es gerade noch 13 bzw. elf Prozent. Nach einem spektakulären Plus kommt die Linke in der Gruppe U30 auf 23 Prozent, die AfD schafft hier 21 Prozent, die Grünen kommen nur noch auf zwölf Prozent.



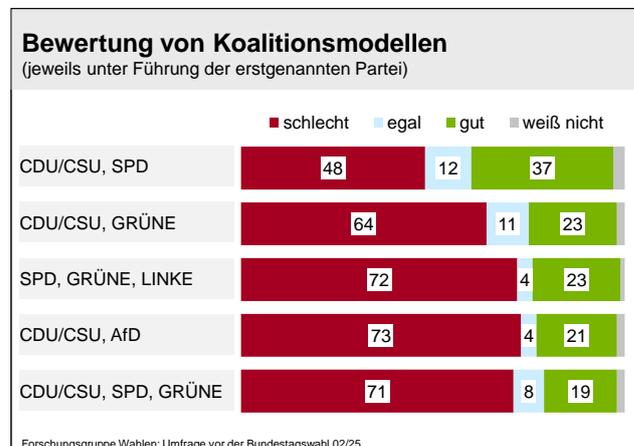
In Städten mit über 100.000 Einwohnern ist neben den Grünen jetzt auch die Linke überproportional stark. CDU/CSU und AfD haben in Großstädten ihre bekannten Defizite, in kleineren Städten liegen diese beiden Parteien über ihrem jeweiligen Gesamtergebnis.



Innerhalb der Berufsgruppen bleiben die Grünen bei Beamten relativ stark, die AfD liegt hier deutlich unter ihrem Schnitt. Ganz anders bei den Arbeitern, wo die AfD jetzt die SPD als stärkste Partei ablöst.

Bundesregierung: AfD-Beteiligung ohne Mehrwert

Was die nächste Koalition betrifft, überwiegen durchweg die Vorbehalte. Am geringsten ist die Distanz gegenüber einer Koalition aus Union und SPD. Noch weniger Zustimmung gibt es zu Schwarz-Grün und zu allen Dreierbündnissen.



Eine Koalition der CDU/CSU mit der AfD wird klar abgelehnt. Dabei gilt die AfD, in der 67% der Befragten eine Gefahr für unsere Demokratie sehen, auch qualitativ nicht als Alternative: Trotz Ampel-Desaster und Unions-Defiziten glaubt nur rund ein Viertel der Deutschen, dass ein Mitregieren der AfD zu besserer Politik führen würde (Mannheim, 24.02.2025).

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.520 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Deutschland in der Woche vor der Wahl (telefonisch und online) sowie auf der Befragung von 49.469 Wähler/innen am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Bundestagswahl auf www.zdf.de/nachrichten. Newsletter zur Bürgerschaftswahl in Hamburg am 03.03.2025, nächstes bundesweites Politbarometer am 07.03.2025. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 20,- bestellt werden.